

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbm d

Inhalt

Johannes Rau MdL zu den
Hamburg-Wahlen: Die letzte
wichtige Etappe.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöffberger
MdB zur Strauß-Haltung
gegenüber den Republika-
nern: Der CSU-Chef über-
nimmt Schönhuber-Positio-
nen.

Seite 3

Dr. Uwe Holtz MdB zur An-
hörung zur Funktion von
Weltbank und IWF: Die ar-
men Länder entschuldigen.

Seite 4

Dr. Anke Martiny MdB zum
Rundfunkurteil aus Karls-
ruhe: Der Verfassungsauf-
trag der Gleichberechtigung
darf nicht länger ignoriert
werden.

Seite 6

41. Jahrgang / 213

6. November 1986

Ein Wort zu den Hamburg-Wahlen

Die letzte wichtige Etappe vor der Bundestagswahl

Von Johannes Rau MdL
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen
Kanzlerkandidat der SPD

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg ist die letzte wichtige Etappe vor der Bundestagswahl im Januar 1987. Und sie ist die erste Wahl nach dem Parteitag in Offenburg, auf dem die Sozialdemokraten in eindrucksvoller Geschlossenheit das Regierungsprogramm 1987 bis 1990 verabschiedet und der Wenderegierung ein eigenes Politik-Konzept entgegengestellt haben.

In Hamburg haben die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren bewiesen, daß sie die Politik für die Mehrheit machen. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi wirbt um die Zustimmung zur Fortsetzung dieser Politik. Dazu braucht er eine klare eigene Mehrheit. Die Chancen dafür stehen gut.

Hamburg ist unverändert die führende Wirtschaftskraft im Norden der Bundesrepublik Deutschland. Und Hamburg ist unverändert das Tor zu den Weltmärkten und hat als Hafenstadt in Konkurrenz zu vielen anderen Hafenstädten der Welt seinen hervorragenden Ruf erhalten und ausgebaut.

Wer behauptet, Sozialdemokraten könnten nicht wirtschaften, den hat die erfolgreiche Politik von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi in den vergangenen Jahren eindrucksvoll widerlegt.

Solche praktische Politik hilft mir, dem Kanzlerkandidaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Bundestagswahl 1987, den Beweis dafür anzutreten: Sozialdemokraten können nicht nur in Hamburg, in Nordrhein-Westfalen, in Bremen, in Hessen und im Saarland erfolgreich Politik für die Mehrheit der Menschen machen. Wir wollen und können diese Politik auch für die Mehrheit der Menschen in der ganzen Bundesrepublik verwirklichen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Zeitschriften-Gesellschaft
mit verbindlicher Rückgabe
Belegung-Punkte



Wir wollen die Arbeitslosigkeit bekämpfen, die Industriegesellschaft ökologisch erneuern, mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit verwirklichen, für solide Finanzen und ein gerechtes Steuersystem sorgen, die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen, die Liberalität und Demokratie in Staat und Gesellschaft bewahren und ausbauen und nicht zuletzt den Frieden sichern.

Wir haben die Chance, eine Zukunft für alle zu gestalten, wenn wir den Weg des Zusammenführens und des Zusammenwirkens gehen. Gegen das Spalten und das Ausgrenzen von Minderheiten setze ich das Leitbild der solidarischen Gesellschaft.

Mit dem sozialdemokratischen Bundespräsidenten Gustav Heinemann sage ich: Es hilft nicht, das Unvollkommene der heutigen Wirklichkeit zu beklagen oder das Absolute als Tagesprogramm zu predigen. Wir wollen die kleinen Schritte gehen. Entscheidend ist: Die Richtung hin zu einer besseren Wirklichkeit muß stimmen.

Viele empfinden, daß sich die Politik zu wenig um die Menschen kümmert. Sie erscheint oft als eine Veranstaltung von Politikern für Politiker. Manche Festtagsrede wird durch das Alltagshandeln Lügen gestraft. Die politische Sprache wirkt häufig leer, manche Geste aufgesetzt und nur für das Fernsehen bestimmt.

Ich teile die Welt nicht in Gut und Böse, in Rote und Schwarze, Grüne und Farblose. Unsere Gesellschaft besteht aus Menschen - aus kräftigen und schwachen, gesunden und kranken, jungen und alten, Frauen und Männern, einsamen und geselligen. Um sie und ihre Sorgen will ich mich mit Wahrhaftigkeit und Redlichkeit kümmern.

In den kommenden Tagen vor der Wahl in Hamburg wird es die Aufgabe aller Sozialdemokraten sein, die Erfolge sozialdemokratischer Politik für Hamburg in den vergangenen vier Jahren immer wieder deutlich zu machen. Wir müssen den Menschen sagen, daß es nicht genügt, die CDU indiskutabel zu finden. Wir müssen ihnen sagen, daß man Klaus von Dohnanyi wählen muß, wenn man ihn als Ersten Bürgermeister behalten will. Diesen Bürgermeister behalten die Hamburgerinnen und Hamburger nur dann, wenn die Mehrheit am 9. November den Sozialdemokraten die Stimme gibt. Umwege führen auch hier nur in die Irre.

Ich habe in den vergangenen Wochen an mancher Veranstaltung der Sozialdemokraten in Hamburg teilgenommen. Ich kenne die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger und ich erlebte die Zuversicht der Sozialdemokraten in der Freien und Hansestadt. Darum bin ich sicher, daß die Hamburgerinnen und Hamburger am 9. November eine gute Vorlage geben werden für den 25. Januar 1987.

(-/6.11.1986/rs/ks)

* * *



Strauß bläst zum Marsch nach rechts

Der CSU-Chef übernimmt Schönhuber-Positionen

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Die neue rechtsextreme Partei „Republikaner“ sitzt dem bayerischen Ministerpräsidenten offenbar wie ein Gespenst im Nacken. Statt mit seiner CSU und gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien selbstbewußt diesen Trend zu stoppen, bläst er, wie jetzt in Kreuth überdeutlich wurde, zum Marsch nach rechts und übernimmt inhaltliche Positionen des Franz Schönhuber. Strauß verkennt dabei, daß er es war, der mit seiner auf Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß setzenden Asylpolitik den „Republikanern“ in den Steigbügel geholfen hat. Wenn er mit diesen Methoden weitermacht, hält er die „alten Kameraden“ nicht auf.

Um seine CSU auf den rechten Rand auszurichten, legt sich Strauß sogar massiv mit der Schwesterpartei in Bonn an. Die von der CSU denn noch angestrebte „Fußnoten-Allianz“ in einem angeblichen gemeinsamen Wahlprogramm kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Strauß die CDU, Kanzler Kohl und deren Politik zutiefst verachtet. Wer von einem „Dilletantentum um Kanzler Kohl“, von einem „desolaten Kanzleramt“, von „Fehler über Fehler“ spricht, offenbart seine tiefgründige Abneigung, nicht nur seine eingebilddete Überlegenheit.

Das ist alles andere als neu. Schon früher hat Strauß Kohl als „total unfähig für dieses Amt“, sowie CDU-Politiker als „Reclam-Ausgaben von Politikern“ und als „Politische Zwerge im Westentaschenformat“ bezeichnet. Neu daran ist, daß Strauß jetzt den Aufruf zum Marsch nach rechts mit diesen massiven Angriffen auf die CDU verbindet.

Nicht einmal vor dem integren und allseits geachteten Bundespräsidenten will die CSU haltmachen. Nach zwei Jahren von fünf Jahren Amtszeit soll der Bundespräsident wegen seiner mutigen Rede zum 8. Mai 1985 von der CSU demontiert werden. Das ist so erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik, wie der Versuch einer Volkspartei wie der CSU, ein Grundrecht und dazu die Rechtsweggarantie und die Wesensgehaltssperre des Grundgesetzes auszuhebeln.

Wir Sozialdemokraten ermahnen die CSU, vom verderblichen Marsch nach rechts abzulassen und zu der von ihr bisher selbst hochgehaltenen Politik der Mitte zurückzukehren. Wir erinnern die CSU eindringlich an die schicksalhafte Rolle ihrer bürgerlichen Vorläufer-Partei, der Bayerischen Volkspartei, gegenüber dem aufkeimenden Nationalsozialismus. Rechtsextremismus verhindert man nicht, indem man ihm nachläuft, sondern indem man ihm mit allen Kräften widersteht. (-/6.11.1986/rs/ks)

* * *



Die armen Länder entschulden

Schlußfolgerungen aus einer Anhörung zur Funktion von Weltbank und IWF

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Anpassungsprogramme, die die Weltbank und besonders der Internationale Währungsfonds (IWF) mit ihren Kreditnehmern vereinbaren, gestalten wesentlich die Rahmenbedingungen für die Projekte staatlicher und privater Geber auch aus der Bundesrepublik. Allein der IWF hat von 1982 - dem Ausbruch der sogenannten „Schuldenkrise“ - bis 1985 97 Beistandsabkommen ausgehandelt und dadurch auf die wirtschaftlichen und fiskalischen Entscheidungen der jeweiligen Vertragspartner erheblichen Einfluß genommen.

In seiner gestrigen Sachverständigen-Anhörung hat sich der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit deshalb mit den Arten, den direkten und indirekten Auswirkungen auf die entwicklungs- politische Zusammenarbeit und den möglicherweise erforderlichen Korrekturen der Anpassungsprogramme der beiden großen multinationalen Kreditgeber befaßt.

Der IWF konzentriert sich, wie die Anhörung ergab, bei der Gestaltung seiner Programme vornehmlich darauf, Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz der jeweiligen Vertragsstaaten abzubauen. Die typischen Maßnahmen, durch die seine eher kurz- bis mittelfristig angelegten Programme dieses Ziel zu erreichen suchen, sind eine Begrenzung des staatlichen Defizits - zum Beispiel durch Kürzung von Subventionen, Abbau von Personal und Begrenzung des Imports - unter anderem durch Freigabe der Wechselkurse -, die Begrenzung der Kreditaufnahme im Ausland sowie die Liberalisierung des Außenhandels und des Kapitalverkehrs. Die eher auf langfristige Wirkung angelegten Maßnahmen der Weltbank hingegen sollen die strukturellen Rahmenbedingungen der Wirtschaft des jeweiligen Landes verbessern und deren Wachstum stimulieren.

Die Aussagen der Experten aus Wissenschaft, staatlichen Durchführungsorganisationen, Kirchen und freien Trägern haben verdeutlicht, daß die mit den beiden multilateralen Organisationen vereinbarten Maßnahmenpakete, vor allem die Anpassungsaufgaben des IWF, die Entwicklungsprojekte staatlicher und privater Träger oft in erheblichem Umfang beeinflussen, ja behindern, sei es direkt oder über eine völlige Veränderung der Rahmenbedingungen. So wurde darauf hingewiesen, daß die Liberalisierung der Importe die Erfolgsaussichten landwirtschaftlicher Genossenschaftsprojekte zunichte machen kann: deren Produkte können auf dem heimischen Markt mit den nunmehr billigen Importen nicht mehr konkurrieren.

Aus Peru und den Philippinen wurde berichtet, daß die - der Erhöhung der Staatseinnahmen dienende - Erhöhung der Mineralölsteuer die Preise im öffentlichen Nahverkehr nach oben treibt und damit die Einkünfte gerade der armen Bevölkerung mindert, die an der Peripherie der Städte lebt und auf diese Transportmittel angewiesen ist. Auch die Einführung von Schulgeldern und die Erhebung von Honoraren für bisher kostenlose ärztliche Leistungen trifft gerade die Ärmsten am stärksten.

Die Experten erkannten zwar an, daß Weltbank und IWF in den letzten Jahren versucht haben, ihre Programmauflagen flexibler auf die Erfordernisse und Bedingungen des jeweiligen Vertragspartner abzustimmen. Als wesentliche Kritikpunkte bleiben aber vor allem:

- Die Anpassungsprogramme lassen der jeweiligen Regierung völlig freie Entscheidung, welcher sozialen Gruppe sie die unvermeidlichen Lasten der Anpassung aufbürdet - was sich immer zum Nachteil der Ärmsten auswirkt.



- Die Programme legen den Akzent zu sehr auf kurzfristig rentable, „effiziente“ Projekte, während Projekte der materiellen und sozialen Infrastruktur vernachlässigt werden.
- Die Kenntnisse und Erfahrungen der einheimischen Experten werden bei Planung, Konzeption und Durchführung der Programme nicht oder nur ungenügend genutzt, so daß der Eindruck eines Diktats entsteht und die Gefahr des Fehlschlags groß ist.
- Die Anpassungsmaßnahmen können wichtige externe Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten - etwa die Verschlechterung der Terms of Trade und den Handelsprotektionismus der Industrieländer - nicht berücksichtigen. Der IWF kann zwar den armen Ländern, nicht aber den reichen Verursachern wirtschaftlichen Ungleichgewichts Auflagen machen.

Es wurde deutlich, daß sowohl Weltbank als auch IWF ihre Kreditpolitik und Programmgestaltung noch mehr den Erfordernissen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Dritten Welt anpassen können und müssen. Eine entwicklungspolitische Konditionierung der Auflagen ist nötig.

Dabei sollten sie vor allem folgende Punkte berücksichtigen:

- Den Entwicklungsländern sollten bei der Gestaltung der Programme mehr Mitspracherechte eingeräumt werden.
- Bei den einzelnen Anpassungsmaßnahmen sind gerechtere Lastenverteilungen und soziale Ergänzungen geboten.
- Maßnahmen zur Rationalisierung und Personaleinsparung sollten ergänzt werden durch Maßnahmen der Schaffung von Arbeitsplätzen.
- Bei Maßnahmen zur Begrenzung der Staatsausgaben sollte auch die Möglichkeit angemessener Kürzungen des Militärhaushalts in Betracht gezogen werden. Zugleich wären die Industrieländer zu drängen, solche Kürzungen durch Begrenzungen des eigenen Rüstungsexports zu erleichtern.
- Kredite sollten auch für nicht kurzfristig rentable Projekte vorgesehen werden, etwa für Vorhaben zur Grundbedürfnis-Befriedigung und zur Bekämpfung der Armut.

Mit den beiden letzten Punkten ist zugleich die gesamte Entwicklungsstrategie von Weltbank und IWF angesprochen, die nach wie vor in einer forcierten Weltmarkt-Integration der Entwicklungsländer den Weg zu Wachstum und Entwicklung sieht. Diese Strategie, die sich deutlich in der Konzeption der Anpassungsmaßnahmen niederschlägt, hat sich in den letzten Jahren nur allzu häufig als Sackgasse erwiesen und bedarf dringend der Reform. Wenn den Erfordernissen der Entwicklung der Dritten Welt Rechnung getragen werden soll, dann muß vielmehr auf eine Entwicklung der Binnenmärkte, eine Stärkung der Massenkaukraft, die Befriedigung der Grundbedürfnisse, aber auch auf die Stärkung demokratischer Entwicklungen hingearbeitet werden. Eindrucksvoll bestätigt haben die Aussagen der Experten aber auch, daß jeder Versuch zum Scheitern verurteilt ist, die Probleme der Länder der Dritten Welt durch Maßnahmen nur in diesen Ländern selbst zu lösen. Die Industrieländer müssen vielmehr in erheblichem Maße zu einer größeren Wirksamkeit ihrer Hilfe beitragen, wie das auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in seinem Gutachten „Wirtschaftsordnung und Entwicklungserfolg“ der Regierung ins Stammbuch geschrieben hat.

Alle Kritik an Programmen des IWF und der Weltbank und alle noch so sinnvollen Vorschläge zu Verbesserungen dieser Programme werden ins Leere gehen, so lange nicht die Staaten des Nordens bereit sind, auf der Basis einer gleichberechtigten Partnerschaft mit dem Süden für eine leistungsfähige, gerechte und soziale Weltwirtschaftsordnung einzutreten und dafür auch einschneidende Änderungen des eigenen wirtschaftlichen Verhaltens zu akzeptieren.

Von besonderer Bedeutung ist eine wirksame Entschuldung, zu der die Industrieländer bereit sein müssen. Dabei kommen unter anderem je nach Fall Schuldenmoratorien, Schuldenstreichungen und weitere weiche Kredite infrage.

Das ganze Hearing bedarf nun einer sorgfältigen Auswertung, um dann zu praktischen Folgerungen für die konkrete Politik gegenüber IWF und Weltbank zu kommen. (-/6.11.1986/rs/ks)



Rundfunkurteil muß den Frauen nützen

Der Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung darf nicht länger ignoriert werden

Von Dr. Anke Martiny MdB

Allenthalben wird gelobt, wie salomonisch die Bundesverfassungsrichter in Sachen Rundfunkordnung geurteilt haben: Unsere öffentlich-rechtlichen Anstalten sind einmal mehr in die Pflicht genommen worden, eine besondere Verantwortung für ausgewogene Programmgestaltung zu tragen. Die privaten Anbieter sollen in gewissen, aber erweiterten Grenzen ein gleiches tun. So weit, so gut.

Diese besondere Verantwortung, die die Richter aus der Verfassung herausgelesen haben, und das damit einhergehende große Prestige unserer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten muß sich nun aber auch nach innen richten: Es gibt jetzt einfach keinen Grund mehr dafür, daß der Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung von Frauen und Männern von den Anstalten weiter ignoriert werden kann. Frauenförderpläne müssen endlich auf den Weg gebracht werden.

Die Vorarbeiten sind von den Frauen selbst für einzelne Sender - beispielsweise Deutsche Welle, WDR, Hessischer Rundfunk - längst erarbeitet. Was bisher fehlt, ist die Bereitschaft „von oben“, endlich mit der Erkenntnis ernst zu machen, daß die herrschende Unterrepräsentanz von Frauen in den Medien ein Armutszeugnis für die Sender ist. Ein Armutszeugnis muß dabei übrigens ebenso dem Antidiskriminierungsgesetzentwurf der Grünen ausgestellt werden; dieser nimmt die Frauen in den Medien überhaupt nicht wahr. Von den CDU-Frauen kann wohl wie bisher konkretes Handeln nicht erwartet werden.

Ein erster grundlegender Schritt muß sein, daß die jeweiligen Programmgrundsätze um den Auftrag erweitert werden, „mit dem Programm zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann beizutragen“. Weitere Schritte sind Maßnahmen auf den Gebieten der Journalistenausbildung, der Stellenbesetzung, der Fort- und Weiterbildung, damit Frauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung in allen hierarchischen Ebenen vertreten sind. Und dabei darf es keine Flucht in den bequemen Konjunktiv oder nichtssagende Hilfsverben geben. Solche Formulierungen haben, das zeigt die bittere Erfahrung, nicht den gewünschten Effekt: Sie beruhigen lediglich die Gremienmitglieder, also fast immer Männer unter sich.

Verbunden werden müssen die Frauenförderpläne mit einer Berichtspflicht, damit jede nachvollziehen kann, wie gut oder wie schlecht der Sender bei der Frauenförderung dasteht. Und komme niemand mit dem verstaubten Argument, die „guten“ Frauen setzten sich von allein durch! Das hinterlistige Qualifizierungsargument wird immer nur uns Frauen entgegengehalten, und kein Mensch redet von den vielen mittelmäßigen Männern, die es trotz mangelnder Qualifikation geschafft haben. Weibliche Journalisten sind durch die Bank besser qualifiziert, machen interessanteres Programm und bringen ein Maß an Lebenserfahrung und einen direkten Zugriff auf die Realität ein, von dem Männer nur träumen können.

(-/6.11.1986/rs/ks)

* * *

